

# Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort.

TOP 4 – Änderung des Hochschulgesetzes

Dazu sagt der hochschulpolitische Sprecher  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Rasmus Andresen:**

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 305.14 / 10.07.2014**

## **Wir wollen klären, wie sinnvoll ein schleswig- holsteinischer Sonderweg bei den Semesterzeiten ist**

Nicht alles an dem vorgelegten Gesetzentwurf der CDU ist schlecht. Gerade am Flensburger Hochschulstandort wird sehr intensiv über die Frage einer Semesterangleichung an die dänischen Partnerhochschulen nachgedacht. Gleichzeitig gibt es den Wunsch vieler HochschulakteurInnen die Semesterzeiten von Fachhochschulen und Universitäten im Land anzugleichen.

Gemeinsame Grundlage für den Wunsch ist es, Kooperationen zu erleichtern. Entweder an Standorten zwischen Fachhochschulen, Kunst- oder Musikhochschulen und Universitäten oder mit Partnerhochschulen im Ausland.

Die Semesterstruktur deutscher Universitäten ist im internationalen Vergleich sehr besonders. In Dänemark, Schweden und Norwegen sind die Semesterzeiten eher an die Jahreshälften angeglichen. In Deutschland fällt vor allem die sehr unterschiedliche Regelung zwischen Fachhochschulen und Universitäten auf.

Da wir Grüne ernsthaft für eine Internationalisierung unserer Hochschullandschaft streiten, können wir uns eine Angleichung der Semesterzeiten sehr gut vorstellen. Allerdings gibt es aus Sicht unserer Fraktion eine Reihe von praktischen Fragen, die es uns unmöglich machen, dem CDU-Antrag zuzustimmen.

In der durchgeführten Anhörung haben sich nur sehr wenige zu dem Gesetzentwurf geäußert: Davon eine kleine Mehrheit ablehnend. Wenn Hochschulen, die sich einen Campus teilen, in diesen Fragen unterschiedlich handeln, ist wenig gewonnen. Kooperationen könnten dadurch dann sogar erschwert werden.

Als Beispiel will ich den Flensburger Campus nehmen. Das Präsidium der Uni Flensburg hat sich ja leicht positiv zum CDU-Vorstoß verhalten. Die Universität könnte so beispielsweise gemeinsam mit der dänischen SDU (University of Southern Denmark) Ende August beginnen. Falls die FH Flensburg sich jedoch für andere Semesterzeiten entscheidet, als die benachbarte Universität, agieren die Hochschulen weiter aneinander vorbei.

Interessant ist für uns auch, ob Studierende, Universitätsprofessoren, wissenschaftliche und nicht wissenschaftliche MitarbeiterInnen die Semesterzeiten gleich bewerten. Oder, ob es Interessensunterschiede gibt.

Außerdem wollen wir klären, wie sinnvoll ein schleswig-holsteinischer Sonderweg bei den Semesterzeiten ist und ob dieser Einfluss auf Kooperationen bundesweit und die zentrale Studienplatzvergabe hat. Wir wollen deshalb im Rahmen der Hochschulgesetznovelle diskutieren, ob eine gemeinsame Anpassung an den internationalen Semesterkalender nicht sinnvoller ist, als eine vollständige Liberalisierung.

Die Frage nach Trimester ist noch grundsätzlicher, denn dies würde bedeuten, dass Studierende beispielsweise keine Semesterferien haben, in denen man arbeitet, um das Studium zu finanzieren. Auch diese Pläne stoßen ja breit auf Widerstand.

Wir bedauern es deshalb sehr, dass die Union ihr Gesetz durch das Verfahren peitscht. Für die Koalition kann ich erklären, dass wir diese Debatte bei der Hochschulgesetznovellierung 2015 wieder aufgreifen werden.

\*\*\*